

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement

viertelj. 1 M. 50 Pf. einschließl. des „Mstr. Unterhaltungsbl.“ u. der Humor. Beilage „Seifenblasen“ in der Expedition, bei unseren Boten, sowie bei allen Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

57. Jahrgang.

N 40.

Freitag, den 18. Februar

1910.

Erste

täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag. Insertionspreis: die Kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im amtlichen Teile die gespaltene Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur: Hr. 210.

Auf Blatt 8 des Genossenschaftsregisters ist heute die Firma:
Gewerbebank Schönheide, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung in Schönheide,

sowie folgendes eingetragen worden:
Das Statut datiert vom 19. November 1909, ein Nachtrag vom 20. Januar 1910. Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Bankgeschäften zum Zwecke der Beschaffung der für das Gewerbe und die Wirtschaft der Mitglieder nötigen Geldmittel und aller Unternehmungen, die geeignet sind, die wirtschaftlichen Interessen der Genossen zu fördern. Die Haftsumme beträgt 200 Mark. Jeder Genosse kann sich bis auf vierzig Geschäftsanteile beteiligen.

Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen im „Schönheider Wochenblatt“, beim Eingehen dieses Blattes, oder bei sonstiger Unmöglichkeit bis zur Bestimmung eines anderen Blattes im „Deutschen Reichsanzeiger“. Sie erfolgen unter der Firma der Genossenschaft, gezeichnet von mindestens 2 Vorstandsmitgliedern, und wenn sie vom Aufsichtsrat ausgehen, unter Nennung desselben, gezeichnet vom Vorsitzenden des Aufsichtsrats.

Mitglieder des Vorstandes sind:

1. Drogist Johann Eduard Preißer,
2. Stickermaschinenbesitzer Carl Gustav Winkelmann,
3. Tischlermeister Friedrich Wilhelm Gerischer,

sämtlich in Schönheide.

Willenserklärungen und Zeichnungen für die Genossenschaft erfolgen in der Weise, daß mindestens 2 Vorstandsmitglieder zu der Firma der Genossenschaft ihre Namensunterschrift hinzufügen.

Die Einsicht der Liste der Genossen ist während der Dienststunden des Gerichts jedem gestattet.

Eibenstock, am 15. Februar 1910.

Königliches Amtsgericht.

Im Handels-Register ist heute auf Blatt 165 für den Landbezirk
(Firma: **E. R. Schurig in Schönheide**)

eingetragen worden:
Protura ist erteilt dem Kaufmann Ernst Robert Schurig jr. in Schönheide.
Eibenstock, den 15. Februar 1910.

Königliches Amtsgericht.

Hunde- und Grundsteuer betreffend.

An die unverzüglichige Bezahlung der am 2. Januar bez. 1. Februar 1910 fällig gewordenen **Hunde- und Grundsteuer** wird hiermit erinnert.

Eibenstock, am 17. Februar 1910.

Der Stadtrat.

Sesse.

Bg.

Zu der öffentlichen Vorbildersammlung

der Zweigabteilung der Königl. Kunstschule für Textilindustrie Blaueu zu Eibenstock findet von heute bis Mittwoch, den 2. März d. J. eine **Sonderausstellung aller Spitzen** statt. Die **Sammlung**, die von jedermann unentgeltlich besichtigt werden kann, ist **geöffnet**:

Wochentags: vorm. 10-12 Uhr
Dienstag: abends 7-9 Uhr
Sonntags: mittags 11-1 Uhr.

Blaueu, den 16. Februar 1910

Geb. Kommerzienrat **Erbert.**

Zur Lage in Preußen.

Wenn auch die Kommission, welche im preussischen Abgeordnetenhaus zur Bearbeitung der Wahlrechtsvorlage eingesetzt ist, eben erst zusammengetreten ist, so sind in ihr doch bereits einige Vorkommnisse zu verzeichnen, welche immerhin ein Schlaglicht auf die ganze Situation werfen, wenigstens das definitive Schicksal des Entwurfes naturlicher Weise noch immer in tiefes Dunkel gehüllt ist. Zunächst hat sich ergeben, daß für die Übertragung des Reichstagswahlrechtes wie sie von der äußersten Linken angestrebt wurde, keinerlei Geneigtheit vorherrscht, denn der auf Einführung des gleichen Wahlrechtes ausgehende Antrag der Freisinnigen wurde in der Kommission mit ganz beträchtlicher Mehrheit abgelehnt. Man will also an einer Abstufung der Wähler festhalten, und in dieser Hinsicht dürfte die Regierung im Prinzip wenigstens kein Fiasco erleben. Der springende Punkt der ganzen Situation bildet aber die Stellung zur Stimmabgabe. Die Kommission hat mit 2 Stimmen Mehrheit sich für die geheime Wahl entschieden, nur die Konservativen und Freikonservativen traten für die Beibehaltung der öffentlichen Wahl ein, während Zentrum, Nationalliberale und Linke sich auf das entschiedenste hiergegen aussprachen. Dadurch ist die innerpolitische Situation zweifellos komplizierter geworden, nachdem die Regierung nicht nur schon im Plenum, sondern noch in der Kommission sich ausdrücklich auf das allerentschiedenste gegen die Einführung der geheimen Stimmabgabe erklärte. Wie sich in dieser Hinsicht die Dinge schließlich gestalten werden, läßt sich indessen heute in keiner Weise übersehen, denn es ist noch nicht ausgemacht, ob die geheime Wahl auf sich vereinigen wird. Den Konservativen und Freikonservativen fehlen nur wenige Stimmen an der absoluten Mehrheit, und wenn auch, wie es heißt, einige ganz vereinzelte Konservative und Freikonservative für die geheime Stimmabgabe eintreten wollen, so wird man abwarten müssen, ob die Anhänger der geheimen Stimmabgabe soviel Mann werden aufbringen können, um den Kommissionsbeschluß aufrecht zu erhalten. Aber selbst dann ist noch keineswegs etwas erreicht, man muß mit dem Herrenhaus rechnen, und hier dürfte unter keinen Umständen angeht die Haltung der Regierung eine Mehrheit für die geheime Stimmabgabe zu finden sein. Des weiteren dürfte es für das Schicksal der Vorlage von ausschlaggebender Bedeutung sein, ob ein Teil der Parteien, welche für die geheime Wahl entschieden eingetreten sind, bei Ablehnung derselben in der Gesamtstimmabgabe über das Gesetz dieses aus dem genannten Grunde ablehnen oder doch für dasselbe stimmen in der Erwägung, daß gegenüber dem jetzigen Zustande doch etwas gewonnen ist. Daß der Vorlage auf ihrem Wege noch mancherlei Klippen drohen, zeigt auch die Haltung der Konservativen in der Frage der direkten Wahl. Von Seiten der Rechten ist in der Kommission beantragt worden, es bei der jetzigen indirekten Wahl zu belassen, während sämtliche übrigen Parteien

für die Regierungsvorlage eintreten. Es scheint also, als wenn man auf Seiten der Rechten von der Wahlrechtsreform überhaupt nicht viel wissen will, wie dies ja auch aus den Reden der Führer bei der ersten Lesung im Plenum schon hervortrat. Vielleicht wird man in Sachen der direkten Wahl mit sich reden lassen, da auf ihren Wunsch die Abstimmung über diesen Punkt ausgesetzt wurde, weil von der rechten Seite erklärt wurde, daß man seine definitive Stellungnahme zu dieser Frage von der weiteren Entwicklung der Dinge abhängig machen wolle. Zweifellos wird namentlich im entscheidenden Stadium der Vorlage viel hinter den Kulissen gearbeitet werden, um wenigstens etwas zustande zu bringen, so wie die Dinge aber augenblicklich liegen, kann man nicht behaupten, daß die Aussichten für die Vorlage sehr günstig wären.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

— Eine Ehrung unseres Kaisers. Wie aus Aalesund gemeldet wird, soll dort ein Bautastein (Gedenkstein) für Kaiser Wilhelm errichtet werden zur Erinnerung an das, was Kaiser Wilhelm nach dem Brande im Jahre 1904 für Aalesund getan. Das Denkmal soll aus einem Monolith von 6 Metern Höhe auf einem einen Meter hohen Sockel bestehen. Der Monolith wird ein bronzenes Reliefbild des Kaisers mit dem Reichswappen darüber erhalten. Die Fertigstellung des Denksteins wird ungefähr drei Monate in Anspruch nehmen.

— Fürstin Hermine zu Schaumburg-Lippe. In Budeburg starb im Alter von 82 Jahren die Fürstin Hermine zu Schaumburg-Lippe, Witwe des 1893 verstorbenen Fürsten Adolf und Mutter des zurzeit regierenden Fürsten Georg.

— Vom Bundesrat. Die Arbeiten des Bundesrats an der Reichsversicherungsordnung sind dem Abschluß nahe. Ende dieser Woche beginnt eine dritte Lesung in den zuständigen Ausschüssen. Das Ergebnis wird dem Bundesrat vorgelegt werden, der voraussichtlich in einer Vollsitzung Anfang März wird Beschluß fassen können. Bald darauf kann die Vorlage an den Reichstag gelangen.

— Eine Verständigung im deutsch-kanadischen Zoll-Konflikt. Seit einiger Zeit haben zwischen dem kaiserlichen Konsul in Montreal und dem kanadischen Finanzminister Mr. Fielding Besprechungen wegen Beilegung des deutsch-kanadischen Zollkonfliktes stattgefunden. Infolge derselben ist am Dienstag eine Verständigung dahin erzielt worden, daß Kanada vom 1. März d. J. ab gegen Gewährung von 25 Säpen des deutschen Konventionaltarifs, die seit dem Jahre 1903 von den deutschen Erzeugnissen in Kanada erhobene Surtaxe von 33 1/2 v. H. aufhebt. Diese Verständigung ist eine provisorische und dazu bestimmt, das Zustandekommen eines Handelsvertrages anzubahnen. Dementsprechend ist in der Vereinbarung beiden Teilen das Recht vorbehalten, von derselben zurückzutreten,

falls nicht in angemessener Zeit dieser provisorischen Verständigung ein endgültiger Vertrag folgt. Die deutscherseits Kanada eingeräumten Vertragsätze betreffen folgende Gegenstände: Getreide außer Roggen, Klee- und Grasfaat, Obst, Holz, Pferde, Rindvieh, Schafe, Fleisch ausgenommen, Speck, Hummer, Schmalz, Mehl, kondensierte Milch, Kalzium-Karbid, Holzgeist, Leder, Schuhe, Holzmasse, Pappeln. Die bestehenden veterinär- und sanitätspolizeilichen Bestimmungen werden durch die Ermäßigung der Zollsätze selbstverständlich in keiner Weise berührt.

— Erledigung des Falles Dammann. Nachdem die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ zweimal festgestellt hat, daß die Vorwürfe, die Dr. Wirth in der „Rhein-Westf. Ztg.“ wegen der Haltung des Auswärtigen Amtes im Falle Dammann erhoben hat, unzutreffend sind, schreibt jetzt der Bruder des Ermordeten, auf den sich Dr. Wirth berufen hatte, der „Rhein-Westf. Ztg.“, er bedauere seine Mitteilung an Dr. Wirth, daß keine Entschädigung gezahlt worden sei. Er habe aber in gutem Glauben gehandelt, denn er habe von seiner Familie auf direkte Anfrage leider keine Nachricht über die Auszahlung der Entschädigung bekommen. Daraufhin hat auch Dr. Wirth der „Rhein-Westf. Ztg.“ geschrieben, daß er die Vorwürfe gegen das Auswärtige Amt nicht aufrecht erhalten könne.

— Schiffsahrtsabgaben. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ tritt amtlich der im Auslande verbreiteten Verstärkung entgegen, daß die deutsche Reichsregierung zu einer einseitigen Lösung der Frage der Schiffsahrtsabgaben ohne Rücksicht auf bestehende Verträge mit dem Auslande greifen könnte. Bei der weiteren Behandlung der Frage ist nur der Weg freundschaftlicher Verständigung gangbar.

Holland.

— Amsterdam, 16. Februar. Der frühere Gesandte und Mitglied der Ersten Kammer van Heerde, der das Märchen von dem Kaiserbrief in der Ersten Kammer aufgetischt hat, erklärt in einem Schreiben an die Erste Kammer, der frühere Ministerpräsident Dr. Kuyper habe ihm persönlich während seiner Ministerfähigkeit Mitteilung davon gemacht, daß der Brief geschrieben worden sei. Dr. Kuyper habe bereits früher ein Dementi, allerdings ein sehr gewundenes, ergelien lassen.

England.

— London, 16. Februar. Prinz Heinrich von Preußen stattete heute vormittag dem Premierminister Asquith und dem Minister des Auswärtigen Sir Edward Grey einen Besuch ab.

Schweden.

— Stockholm, 16. Februar. Der Reichstagsausschuß empfahl die Annahme der Regierungsvorlage über die Verlängerung des augenblicklich geltenden Handelsvertrages zwischen Schweden u. Deutschland bis zum 1. Dezember 1911.

Italien.

— Eine Begegnung Kaiser Wilhelms mit